

Stand: 25.04.2024 14:42:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/46

"Schnelle Bahnverbindungen von Augsburg nach Norden erhalten"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/46 vom 12.11.2008
2. Plenarprotokoll Nr. 5 vom 13.11.2008
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/399 des WI vom 03.02.2009
4. Beschluss des Plenums 16/553 vom 12.02.2009
5. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 12.02.2009

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Barbara Rütting, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Schnelle Bahnverbindungen von Augsburg nach Norden erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die von der Bahn angekündigte Streichung der weiteren ICE-Verbindungen von Augsburg nach Norden nicht umgesetzt wird.

Begründung:

Die DB AG hat die ersatzlose Streichung fast aller ICE-Verbindungen zwischen Augsburg und Nürnberg aus dem kommenden Fahrplan mit dem untauglichen Verweis auf die Überprüfungs- und Reparaturarbeiten angekündigt. Es handelt sich hier um den untauglichen Versuch der DB AG, Fernverkehre auf den von Bayern aus seinen Regionalisierungsmitteln finanzierten Nahverkehr umzulegen. Der Westen von Bayern braucht aber stündliche schnelle Verbindungen nach Norden, insbesondere auch für die Geschäftskunden der Region. Die Regionalbahn nach Nürnberg erfüllt diese Anforderung nicht, sie hat viele Zughalte und daher zu lange Fahrzeiten zwischen Augsburg und Nürnberg. Der Franken-Allgäu-Express ist zwar schneller, verkehrt aber nicht regelmäßig. Die hohen Fahrgastzahlen im Allgäu-Franken-Express zeigen, dass ein erheblicher Bedarf von Geschäfts- und Freizeitreisenden nach schnellen Verbindungen zwischen Augsburg und Nürnberg vorhanden ist.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer u.

Frakt. (SPD)

Keine Repressalien für Demoteilnehmerinnen und -teilnehmer (Drs. 16/44)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern gab es in München, in Nürnberg und weit über Bayern hinaus Demonstrationen, an denen bundesweit Zehntausende von Schülerinnen und Schüler teilgenommen und auf der Straße demonstriert haben. Es ging um kleinere Klassen; es ging um den akuten Lehrermangel; es ging um Bildungsgerechtigkeit; es ging um kostenlose Bildung für alle.

Alle diese Themen dürften Ihnen nicht unbekannt sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Alle diese Themen waren in den letzten Monaten, auch schon vor der Landtagswahl, Bestandteil der parlamentarischen Beratungen in diesem Hause.

Um es ganz deutlich zu sagen: Die Schülerinnen und Schüler haben in der Sache völlig recht. Wir haben zu große Klassen; wir haben Bildungsungerechtigkeit in Bayern; wir haben einen akuten Lehrermangel und eine chronische Unterfinanzierung in Bayern zu verzeichnen. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei der SPD)

Um gleich einer Legendenbildung vorzubeugen: Für alle diese inhaltlich völlig berechtigten Forderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die CSU-Regierung der letzten Wahlperiode voll verantwortlich. Das muss hier deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Es wird nämlich immer ganz schnell vergessen, wer zuständig war und wer die Tatsache zu verantworten hat, dass Tausende von Schülerinnen und Schülern auf die Straße gehen, für ihre Belange demonstrieren und ihre Auffassung öffentlich kundtun.

Über die Konsequenz kann man formal streiten. Ich gebe gerne zu: Rechtlich kann man bezüglich der Schulordnung geteilter Meinung sein. Ich glaube aber, dass es nicht die Diskussion ist, die wir in diesem Parlament führen sollten, ob die Schüler das dürfen oder nicht. Wir müssen die Diskussion darüber führen, ob sie recht haben oder nicht. Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei der SPD)

Die einzige Antwort, die die Partei, die diese Misere in den letzten Jahren zu verantworten hat, aufzuweisen hat, lautet: Das ist unzulässig; das wird mit Verweis bestraft, bzw. den Schulen wird ins Ermessen gestellt, ob sie die Teilnahme an solchen Veranstaltungen bestrafen oder nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein glänzendes Beispiel für demokratische Teilhabe, das wir den jungen Menschen in diesem Land vorführen. Deshalb ist dieser Antrag entstanden. Ich glaube, es wäre das falsche Zeichen, wenn man Schülerinnen und Schülern, die zugegebenermaßen möglicherweise entgegen der Schulordnung auf die Straße gehen und für Verbesserungen an den Schulen demonstrieren, als politische Antwort gibt: Das ist einen Verweis wert. Die Schülerinnen und Schüler demonstrieren ja nicht für irgendetwas. Sie kämpfen für Verbesserungen an den Schulen.

Hier muss ein demokratisches Parlament Einhalt gebieten. Deshalb fordern wir Sie auf: Sagen Sie den Schulen, sie mögen von einer Bestrafung dieser Aktion Abstand nehmen. Was wäre das für ein Zeichen?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Übrigen, den Schülerinnen und Schülern wird das egal sein. Das haben sie auch geäußert. Es wäre aber ein Zeichen, dass demokratische Teilhabe und öffentliche Prä-

senz nicht gewünscht sind oder sogar bestraft werden. Das wäre das Zeichen, das wir aussenden würden, wenn wir nicht dafür sorgen, dass Verweise in diesem Fall nicht sein dürfen.

Ein Weiteres kommt hinzu: Wie wollen Sie denn mit der Formulierung "Das überlassen wir den Schulen" umgehen? Das ist eine problematische Geschichte. Ich kenne Schulen, die diese Demonstration für ein Beispiel demokratischer Aktion und für einen Sozialkundeunterricht auf der Straße halten. Diese Schulen werden die Teilnahme nicht bestrafen.

(Beifall bei der SPD)

Das finde ich gut. In einer Schule fünf Kilometer weiter entfernt herrscht möglicherweise eine andere Auffassung. In dieser Schule bekommen die Schüler einen Verweis. Wir würden also nicht nur ein falsches Zeichen aussenden, sondern die Teilnehmer an dieser Aktion auch noch unterschiedlich behandeln. Was ist denn das für eine Nummer? Die Ersten bekommen einen Verweis, die Zweiten einen verschärften Verweis, die Dritten müssen nacharbeiten, und den Vierten wird gesagt, dass sie das gut gemacht hätten und jetzt über Demokratie gesprochen würde. Diese Möglichkeiten gibt es.

Nachdem die Staatsregierung der letzten Legislaturperiode für die Lage, die wir in der bayerischen Schulpolitik haben, verantwortlich war und ist, ist es auch eine zentrale Aufgabe dieser Regierung zu sagen, dass in diesem Fall nicht die Schulen entscheiden dürfen, und zentral festzulegen, dass diese Aktion nicht bestraft wird. Darauf zielt dieser Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Pfaffmann, die Redezeit ist abgelaufen.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer möchte, dass diese Aktion als demokratische Aktion, als Teilhabe an der demokratischen Meinungsbildung behandelt wird, muss heute diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Pfaffmann. Als nächster Redner erhält Herr Kollege Eisenreich das Wort.

Georg Eisenreich (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Pfaffmann, gestern haben Schülerinnen und Schüler gestreikt. Sie haben einige Themen genannt, für die diese Schüler gestreikt haben. Sie haben aber auch das eine oder andere Thema vergessen. Deshalb möchte ich aus dem Interview mit der Schülerin eines Gymnasiums aus der "Abendzeitung" zitieren, die erklärte, dass die Schüler unter anderem auch deshalb streikten, weil die Schulen mies ausgestattet seien, weil vieles in den Gymnasien kaputt sei, weil es defekte Computer gebe usw. Diese Aufgaben betreffen nicht nur den Freistaat Bayern, sondern auch die Sachaufwandsträger. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie die Themen in voller Breite angesprochen hätten.

Ich finde es gut, wenn sich junge Menschen für ihre Schule und für ihr Umfeld interessieren, wenn sie eine Meinung haben und wenn sie sich für ihre Meinungen und Überzeugungen engagieren. Mir ist Beteiligung und Teilnahme allemal lieber als Teilnahmslosigkeit. Deshalb finde ich Demonstrationen von Schülerinnen und Schülern gut. Eine Frage muss aber erlaubt sein, nämlich, wann die Beteiligung und die Teilnahme stattfinden soll. Ich muss Ihnen sagen: Mir ist es lieber, wenn am Vormittag am Unterricht teilgenommen wird. Jede ausgefallene Unterrichtsstunde führt zu einem Aufschrei, und damit passt es nicht zusammen, dass der Unterricht geschwänzt wird.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb: Demos ja, selbstverständlich, aber bitte nicht während der Schulzeit. Zu den Reaktionen: Vorgaben für die Schulleitungen hat es nicht gegeben. Ich glaube auch

nicht, dass wir irgendwelche Vorgaben machen könnten; denn dafür sind die Schulleiter und die Schulleitungen verantwortlich. Diese haben die pädagogische Verantwortung dafür und werden sie in ihrem Ermessen wahrnehmen. Wenn wir für die Schulen mehr Freiraum wollen, müssen wir ihnen den Freiraum auch lassen und dürfen nicht bei jedem Thema reinreden. Wenn wir mehr Freiraum wollen, müssen wir auch Unterschiede akzeptieren. Es kann nicht sein, dass wir bei jedem Thema und - wie in der letzten Periode - auch beim Speiseplan dreinreden.

Ich glaube, dass die Schulleiter sehr verantwortlich handeln werden. Ich kann nur sagen: Wir nehmen die Schülerinnen und die Schüler ernst. Der Kultusminister hat das gestern bewiesen, als er zu den Demonstranten ging und mit ihnen einen Dialog geführt hat. In diesem Dialog ging es auch um die kritischen Themen. Wir wollen diesen Dialog aufnehmen und weiterhin fortsetzen. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Eisenreich. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FW): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herrn! Thema Schülerstreik: Ich selbst war vor Ort und habe mir die Situation angesehen. Wir diskutieren heute über die Frage, ob wir den Schülern eine Straffreiheit einräumen sollen oder nicht. Mit Sicherheit gibt es gute Gründe dafür, dies zu fordern. Allerdings gibt es mit Sicherheit auch Gründe, mit denen im Zuge der Formalismusdebatte erklärt werden könnte, warum wir die Augen nicht zudrücken können.

Ich glaube, dass es um etwas ganz anderes geht. Es geht darum, den Kern der Verhältnismäßigkeit herauszuarbeiten. Die Schüler gehen auf die Straße, um auf Missstände hinzuweisen. Diese Missstände sind offensichtlich und bekannt. Die Schüler fordern bessere Unterrichtsbedingungen. Meine Damen und Herren, ich muss sagen: Es waren

überwiegend vernünftige junge Leute. Es waren keine Chaoten. Für jeden kann man zwar nicht die Hand ins Feuer legen, aber es war ein geordneter Marsch, eine geordnete Demonstration.

Diese jungen Leute wollen auf ihr Schicksal aufmerksam machen. Wir als politische Verantwortungsträger sind jetzt gefordert, rechtzeitig eine Stimmung abzufangen, die sich zu entwickeln droht. Wir wollen keine Wiederholung der Geschehnisse von 1968, wo sich aus einer Unzufriedenheit heraus eine politische Stimmung entwickelt hat. Diese ist wohl bereits in Ansätzen erkennbar. Einige linksextremistisch Angehauchte haben versucht, in die Demonstration hineinzukommen. Wir stehen kurz davor, dass diese Leute Einfluss gewinnen. Soweit ist es aber noch nicht.

Das bedeutet: Wir müssen die Stimmung gesamtpolitisch aufgreifen und verhindern, dass diese Gruppierungen weiterhin einen Nährboden bekommen. Der Lösungsansatz hier und heute muss sein, mit den Schülern schnellstmöglich Kontakt aufzunehmen und mit den Verantwortlichen das Gespräch zu suchen. Wir sollten nicht darüber diskutieren, ob die Schüler einen Verweis bekommen sollten oder nicht. Natürlich ist das auch ein Thema. Wir werden aber heute ein Signal senden müssen, das da lautet: Wir nehmen Abstand von Bestrafungen auf formaler Ebene.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Sie können sich sicher sein: Wenn diese Schüler einen Verweis bekommen, ist das für die nicht mehr als eine Ehrennarbe. Damit werden sie sich vor anderen brüsten und sagen: Schaut her, wir sind dafür noch bestraft worden. Nicht einer wird aufgrund einer solchen Maßnahme zurückrudern.

Noch einmal meine klare Botschaft: Wir müssen mit den Schülern sprechen und die Probleme schnellstmöglich lösen, um einer weiteren Politisierung dieser Situation den Nährboden zu entziehen. Wir sollten den Schülern keinen Verweis geben, sondern der bisherigen bayerischen Bildungspolitik einen Verweis erteilen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass die Schülerinnen und Schüler demonstriert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihnen ist der Geduldsfaden nach vielen langen Jahren gerissen, in denen im bildungspolitischen Antiquariat Bayern nichts passiert ist. Das ist gut so. Die Schüler und Schülerinnen haben für ihre Zukunft demonstriert und damit für die Zukunft Bayerns. Das wäre Aufgabe der CSU im Bayerischen Landtag in den vergangenen Jahren gewesen. Dieser Aufgabe sind Sie nicht nachgekommen. Die einzig richtige Antwort, verehrte Damen und Herren, wäre für mich: Vielen Dank, liebe Schülerinnen und Schüler, dass ihr demonstriert habt. Wir haben gelernt, wir wollen die Missstände beheben, wir legen euch unsere Lösungsvorschläge vor und hoffen, dass wir im Zwischenzeugnis dafür ein "Sehr gut" bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Herr Dr. Fischer steht schon bereit. Bitte schön.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als neues Mitglied im Bayerischen Landtag überlegt man sich vielleicht manchmal noch etwas mehr, wie eine Debatte auf die Menschen draußen wirkt. In einer Zeit, in der viele Menschen existenzielle Sorgen haben, in der viele Menschen um ihren Arbeitsplatz bangen, in der eine Bankenkrise das Land erschüttert, in der wir viele andere Probleme zu lösen haben, diskutieren wir darüber, ob einige Schülerinnen und Schüler einen Verweis bekommen oder nicht. Ich stelle mir die Frage: Haben wir in diesem Haus keine anderen Sorgen, keine anderen Probleme, die wir diskutieren müssten?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dafür sind doch Sie verantwortlich!)

Ich muss eines sagen: Das ist auch für diese Schüler keine existenzielle Frage.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn wir uns hier nur über existenzielle Fragen unterhalten würden, dann gute Nacht!)

- Ich meine aber, wir sollten uns über existenziellere Fragen unterhalten, anstatt über ein Thema, das den meisten Schülerinnen und Schülern egal ist, die es betrifft. Das ist auch nicht der Hintergrund Ihres Antrags, sondern der Grund, warum Sie dieses Thema hier heute ansprechen, ist der, dass Sie Ihre Position zur Bildungspolitik darstellen wollen. Seien Sie doch ehrlich!

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist unsere Aufgabe!)

Es geht Ihnen nicht darum, wie es den Schülern geht, und nicht um die Auswirkungen in der Sache.

Ich möchte dazu selbst auch etwas sagen. Die FDP begrüßt die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte durch junge Menschen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP begrüßt auch, wenn junge Menschen demonstrieren, um auf Missstände aufmerksam zu machen und um Probleme darzustellen. Das ist gut, das ist wichtig, und das wollen wir auch.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage aber auch: Es geht hier nicht um eine Versammlung. Dieses Missverständnis kam in den ganzen Reden und schon im Antrag zum Ausdruck. Es geht nicht darum, dass diese Schüler Repressalien zu befürchten haben, weil sie an einer Versammlung teilgenommen haben, sondern darum, dass das ein Streik war. Das ist der entscheidende Unterschied. Es geht hier nicht um die Versammlungsfreiheit, sondern um das

Streikrecht, wenn es um etwas ginge. Offensichtlich wissen Sie nicht, meine Damen und Herren von der Opposition, was das Streikrecht ist. Das Streikrecht ist nämlich ein Mittel des Arbeitskampfes. Schüler stehen nicht in einem Arbeitsverhältnis.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sie erhalten keinen Lohn, und sie erbringen auch keine Leistung gegenüber einem Arbeitgeber. Deswegen handelt es sich hier um nichts anderes als um einen politischen Streik.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ein solcher politischer Streik ist unseres Erachtens in den Schulen fehl am Platz.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wörner?

Dr. Andreas Fischer (FDP): Ja.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege, ich bin bisher davon ausgegangen, dass "liberal" auch mit dem Wort "Liberalität" zu tun hat. Was Sie hier vortragen, beweist das Gegenteil.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage.

Ludwig Wörner (SPD): Die Zwischenfrage kommt gleich. Ich frage Sie deshalb: Glauben Sie, dass Sie mit dem, was Sie jetzt gerade vortragen, Jugendliche und Kinder dazu kriegen, demokratische Teilhabe wahrzunehmen?

(Zurufe von der CSU)

Dr. Andreas Fischer (FDP): Ich stelle als Gegenfrage rhetorisch in den Raum: Glauben Sie, dass es ein gutes Vorbild ist, wenn man einen Rechtsbruch toleriert?

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN - Unruhe)

Wir sind mit der Forderung nach mehr Eigenverantwortung für die Schulen angetreten, und wir sind angetreten, um mehr Freiraum für die Schulen zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Ich begrüße ausdrücklich, dass das Kultusministerium hier keine Vorgabe gemacht hat, weder in die eine noch in die andere Richtung. Das zeigt, dass der liberale Geist offenbar auch im Kultusministerium Einzug gehalten hat.

(Lachen bei der Opposition - Harald Güller (SPD): Jetzt wird es absurd!)

Wir als FDP-Fraktion sind der Meinung, dass es sich hier um eine Sache handelt, die in jeder Schule individuell beurteilt werden soll.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir als liberale Fraktion sind der Meinung, dass eine zentrale Lösung gerade das nicht möglich macht. Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben sich entlarvt, als Sie gesagt haben, Sie wollten eine zentralistische Lösung,

(Widerspruch und Lachen bei der SPD)

eine Lösung, mit der in ganz Bayern alles einheitlich geregelt wird. Eine solche Regelung wollen wir Liberale nicht. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Fischer, bitte bleiben Sie am Rednerpult, weil noch Zwischeninterventionen kommen. Zur ersten Zwischenintervention: Frau Kollegin Tolle, bitte.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Fischer, Sie haben hier geäußert, es gehe hier nicht um eine existenzielle Frage. Ich möchte für meine Fraktion feststellen: Bildung ist eine existenzielle Frage für jeden Einzelnen, der sich in diesem Bildungssystem befindet,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und auch für eine Volkswirtschaft, wie sie der Freistaat Bayern darstellt. Sie verwenden den Begriff des Rechtsbruchs. Das war eine legitime Reaktion von Schülerinnen und Schülern, die darauf reagiert haben, dass ihnen die Bayerische Staatsregierung seit Jahren ordnungsgemäße Leistungen, zum Beispiel eine ordentliche Lehrerversorgung, vorenthält.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man dann die Notbremse zieht und auf die Straße geht, dann habe ich dafür vollstes Verständnis. Sie müssten sich einmal überlegen, an wen sich Ihre Rechtsmittel wenden, nämlich nicht an diejenigen, die aus purer Not auf der Straße ihrem Unmut Luft machen. Es war allerhöchste Zeit.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, möchten Sie darauf eingehen?

Dr. Andreas Fischer (FDP): Ich möchte sehr gerne darauf eingehen. Frau Kollegin Tolle, offensichtlich haben Sie mir nicht zugehört. Ich habe gesagt, es ist keine existenzielle Frage, ob diese Schülerinnen und Schüler einen Verweis bekommen. Die Bildungspolitik in diesem Land ist sehr wohl eine existenzielle Frage; die nimmt die FDP ernst. Da bringen wir uns ein, und da haben wir im Koalitionsvertrag viel erreicht.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind nicht bereit, hier eine Politik mitzutragen, die Rechtsbruch fördert. Dazu stehe ich. In Artikel 56 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen ist ausdrücklich festgelegt, dass das Fernbleiben vom Unterricht nicht zulässig ist. Wir kritisieren hier nicht das Demonstrieren. Ich habe ausdrücklich gesagt: Das kann ich nachvollziehen, und das kann ich verstehen. Was wir kritisieren, ist das Fernbleiben vom Unterricht im Rahmen eines politischen Streiks.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Güll das Wort für eine weitere Zwischenintervention erteilen.

Martin Güll (SPD): Herr Fischer, jetzt wird es langsam peinlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin selbst Schulleiter und wüsste schon, wie ich mit dem Problem umgehe, nämlich pädagogisch. Ich kenne viele Schulleiterkollegen und -kolleginnen, die sehr wohl auf ein Signal dieses Hauses warten, nämlich auf ein Signal der Toleranz, welches das Ganze richtig einordnet. Deshalb glaube ich schon, dass wir alle, wie wir hier sind, diesem Antrag zustimmen können. Der Antrag fordert den Kultusminister lediglich auf, an die Schulen ein Signal zu senden. Es steht nämlich drin, er soll die Schulen auffordern, die Vorgänge pädagogisch zu handhaben. Viele Schulleiter verstehen sich als Beamte und denken ein bisschen so wie Sie, Herr Fischer. Für sie ist das ein klares Signal, das vielleicht doch etwas relaxter anzugehen. Das haben die Schülerinnen und Schüler weiß Gott verdient. Wenn die Schüler ihre demokratischen Rechte in Anspruch nehmen, auch wenn das zum Teil natürlich gegen die Schulordnung geht - darüber brauchen wir uns nicht zu streiten, das ist zweifellos richtig -, kann man durch das Signal das Ganze etwas entspannen. Ich fand es klasse, dass die Schüler das gemacht haben. Das ist ja auch nicht jeden Tag so. Wenn Schüler sich einsetzen, kann man das, glaube ich, nur unterstützen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Dr. Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Ich möchte hierauf noch einmal kurz antworten, denn Sie haben meinen Beitrag offensichtlich nicht verstanden.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD)

Es geht nicht darum, ein Verhalten zu kritisieren.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Ich habe vielmehr ausdrücklich gesagt: Ich begrüße die Vorgehensweise des Kultusministeriums. Ich halte es auch für richtig, wenn ein Schulleiter sich dazu entschließt, das in einem pädagogischen Gespräch zu lösen. Ich habe aber kein Verständnis dafür, dass ein Verhalten, das eindeutig im Widerspruch zum Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz steht, gelobt wird. Das werden Sie, wenn Sie aus dem Fachbereich kommen, vielleicht nachvollziehen können. Vielleicht hätten Sie das BayEUG mal lesen sollen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Er ist Schulleiter und kennt das! - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

- Offensichtlich kennt er es nicht. Ein Verhalten, das im Widerspruch zum BayEUG steht, sollte man nicht loben. Dafür habe ich kein Verständnis.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Dr. Fischer. Jetzt darf ich für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Dr. Spaenle das Wort erteilen. - Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Wir haben gestern ein eindrucksvolles Engagement von Schülerinnen und Schü-

lern für eine ganze Reihe von Problemstellungen erlebt, von denen ein Teil auch aus Sicht des Kultusministers interessant und aufgreifenswert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich meine damit den Teil, der die Schulstruktur von morgen betrifft. Da gibt es unterschiedliche Meinungen; da hat die Mehrheit in diesem Haus andere Vorstellungen. So viel zu Punkt 1.

Punkt 2: "Schulstreik" ist ein Begriff, der auch für die Schülerinnen und Schüler, die sich einem solchen Streik anschließen, durchaus zwiespältig zu sehen ist. Ein Streik ist eindeutig ein Mittel der Tarifauseinandersetzung. Es gibt seltene Fälle, bei denen Streik auch im politischen Bereich, zumindest in der Tradition der Bundesrepublik Deutschland, angewandt worden ist.

(Wiederholte Zurufe des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

- Sepp, es wird nicht besser, auch wenn du jetzt näher bei mir sitzt. So ist das.

Zum Dritten. Die Wahrnehmung eines selbstverständlichen Rechtes der Meinungsäußerung durch Demonstrationsrecht ist Teil der Persönlichkeitsbildung und des Hineinwachsens in demokratische Strukturen und Verhaltensweisen. Zum Prozess des Erlernens und Ausübens demokratischer Verhaltensweisen gehört auch die Ganzheitlichkeit der Betrachtung. Verantwortung für etwas gibt es, Verantwortung frei von etwas gibt es nicht.

Das Kultusministerium hat in einer Verlautbarung an alle Schulen auf Folgendes hingewiesen: Die Schulpflicht muss natürlich auch an diesem Vormittag erfüllt werden. Für junge Menschen, die sich darüber hinwegsetzen, gibt es Konsequenzen. Die Frage, wie mit dieser Konsequenz umzugehen ist, liegt in der Verantwortung der einzelnen Schulfamilie. Darauf haben das Kultusministerium und auch ich hingewiesen. Das muss in der einzelnen Schulfamilie erörtert werden; hier müssen die notwendigen Maßnahmen entwickelt werden. Wenn ich in die politische Gemeinschaft und ihre Instrumente hinein-

wachsen will, gehört es auch dazu, Verantwortung zu übernehmen - Verantwortung im Sinne einer Ausübung des Demonstrationsrechts.

Ich habe gestern selber mit den Demonstrierenden gesprochen, auch heute früh haben wir in einem Schulausschuss die Themen weiter vertieft. Die andere Seite der Übernahme von Verantwortung ist es, zu diskutieren, was passiert, wenn ich vielleicht bewusst einen Regelverstoß in Kauf nehme. Insofern ist die Aufforderung, die Sie an uns richten, eigentlich kontraproduktiv, wenn ich den demokratischen Willensbildungsprozess als wichtige pädagogische Aufgabe begreife. Insofern glaube ich, dass die Verantwortung an der eigenen Schule, die die Situation und die Teilnehmer kennt, richtig verortet ist und dass es richtig ist, wenn die Dinge dort bearbeitet werden.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Zu Wort hat sich noch gemeldet der Kollege Dr. Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister! Das Verhalten der Schülerinnen und Schüler ist sicherlich nicht leicht zu bewerten. Politisch kann man das Verhalten grundsätzlich begrüßen; denn so lernen Schüler, aktiv ihre politischen Rechte wahrzunehmen, Stellung zu nehmen. Dies ist natürlich auch sinnvoll pädagogisch zu nützen. Natürlich stellt es einen Verstoß gegen die Schulordnung dar. Das ist ganz klar. Nur: Es geht natürlich hier ein bisschen weit, wenn wir hier über die Begriffe streiten.

Kollegen von der FDP: Wenn die Schüler das Ganze "Versammlung" statt "Streik" genannt hätten, würden Sie diese Veranstaltung dann positiv beurteilen? Ist es entscheidend, wie die Schüler so etwas nennen? - Ich finde, das sollte man nicht in den Vordergrund rücken. Das ist vielleicht nicht allen bewusst gewesen. Richtig ist es natürlich, dass man eine solche Versammlung, einen solchen Streik auch am Nachmittag abhalten kann.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Das ist selbstverständlich. Das ist vielleicht besser. Andererseits kann man ganz froh sein, wenn sich die Schüler der Probleme des Landes mit annehmen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Es geht mir aber auch noch um einen zweiten Punkt, der in diesen Dringlichkeitsantrag einfließt und der das Entscheidende ist, nämlich um die Frage der Rechtssicherheit. Gerade die FDP, glaube ich, nennt sich auch eine Partei der Rechtssicherheit.

(Georg Schmid (CSU): Nein, das waren andere! Da verwechseln Sie irgendetwas!)

- Also keine Rechtssicherheit bei der FDP. Wenn Sie das so sehen, Herr Schmid, dann verstehe ich, dass Sie vorher bei den Ausschüssen diese Regelung gewählt haben.

(Beifall und Heiterkeit bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Machen Sie sich darüber keine Sorgen; wir machen das schon richtig!)

- Ein bisschen Sorge mache ich mir natürlich schon darüber, was hier passiert, Herr Schmid.

(Georg Schmid (CSU): Nein, das brauchen Sie nicht!)

- Das ist auch meine Aufgabe.

Zurück zur Rechtssicherheit. Wie kommt es denn bei einem Schüler an, wenn die eine Schule so entscheidet und die andere anders? Es ist, glaube ich, sehr wichtig, einem Schüler klarzumachen, dass sein Verhalten in zwei Schulen auch gleich beurteilt wird. Da habe ich doch die Bitte an das Ministerium, auch wenn ich sonst nicht immer für Erlasse bin, den Schulleitern, den Eltern und den Schülern deutlich zu machen, wie man dieses Verhalten beurteilt.

(Ingrid Heckner (CSU): Kein Zentralismus, haben Sie vorhin gesagt! - Gegenruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Das hat nichts mit Zentralismus zu tun, sondern damit, den Schülern deutlich zu machen, wie ein bestimmtes Verhalten zu beurteilen ist. Ich glaube, das wäre sehr wichtig.

Wir haben lange - das sage ich offen - über diesen Dringlichkeitsantrag diskutiert. Bei den Freien Wählern wird das so sein - das ist auch selbstverständlich -, dass jeder so abstimmt, wie es seinem Gewissen entspricht. Die letzte Bitte ist uns besonders wichtig.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/44 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion der Freien Wähler. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - CSU-Fraktion und FDP. Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen der Freien Wähler und der FDP ist der Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/45 und 16/46 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 15.29 Uhr)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 16/46

Schnelle Bahnverbindungen von Augsburg nach Norden erhalten

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die von der Bahn vorgenommene Streichung von 3 ICE-Zugpaaren zwischen München, Augsburg und Nürnberg dauerhaft rückgängig gemacht wird, sobald wieder genügend ICE-T-Triebzüge zur Verfügung stehen, spätestens im Juni 2009.

Berichterstatter: **Dr. Martin Runge**
Mitberichterstatter: **Eberhard Rotter**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 2. Sitzung am 11. Dezember 2008 beraten und **einstimmig** in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 5. Sitzung am 21. Januar 2009 mitberaten und **einstimmig** der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 4. Sitzung am 3. Februar 2009 mitberaten und **einstimmig** der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Erwin Huber
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Barbara Rütting, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/46, 16/399

Schnelle Bahnverbindungen von Augsburg nach Norden erhalten

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die von der Bahn vorgenommene Streichung von drei ICE-Zugpaaren zwischen München, Augsburg und Nürnberg dauerhaft rückgängig gemacht wird, sobald wieder genügend ICE-T-Triebzüge zur Verfügung stehen, spätestens im Juni 2009.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 6)

Ausgenommen von der Abstimmung ist Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung. Die Verfassungsstreitigkeit soll auf Wunsch der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 6)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Erster Senat - vom 29. Oktober 2008 (1 BvR 2492/08) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen das Bayerische Versammlungsgesetz vom 22. Juli 2008 (BayGVBl S. 421)
 PII/G-1320/08-8
 Drs. 16/395 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

| CSU | SPD | FW | GRÜ | FDP |
|-------------------------------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat hierzu Einzelberatung gem. § 59 Abs. 8 GeschO beantragt.

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Jugendschutz bei Veranstaltungen der Heimmattreuen Deutschen Jugend e.V. (HDJ)
 Drs. 16/14, 16/351 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zu Nummer 1 des Antrags:

| CSU | SPD | FW | GRÜ | FDP |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> |

zu Nummer 2 des Antrags:

CSU **SPD** **FW** **GRÜ** **FDP**

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Expertinnen- bzw. Experten-Anhörung zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern
 Drs. 16/27, 16/323 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:
 Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit**

CSU **SPD** **FW** **GRÜ** **FDP**

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Dr. Thomas Beyer, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Landesentwicklungsprogramm - Sonderflughafen Oberpfaffenhofen:
 Option zum Ausbau und zur Ausweitung des Flugverkehrs zurücknehmen
 Drs. 16/45, 16/398 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU **SPD** **FW** **GRÜ** **FDP**

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Schnelle Bahnverbindungen von Augsburg nach Norden erhalten
 Drs. 16/46, 16/399 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU **SPD** **FW** **GRÜ** **FDP**

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Christa Naaß u.a. und Fraktion (SPD)
 Bayern, aber gerechter: Rücknahme der Arbeitszeiterhöhung
 Gleichklang zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten herstellen
 Drs. 16/108, 16/280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU **SPD** **FW** **GRÜ** **FDP**
A Z Z Z A

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Jutta Widmann und Fraktion (FW)
Elektronische Übermittlung von betrieblichen Daten
Drs. 16/109, 16/400 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU **SPD** **FW** **GRÜ** **FDP**
Z Z Z Z Z

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Bayern, aber gerechter
Zustimmung Bayerns zum Mindestlohnpaket im Bundesrat
Drs. 16/359, 16/396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

CSU **SPD** **FW** **GRÜ** **FDP**
A Z Z Z A